

Die „Ruanda-Strategie“

Wer hat eine bessere Idee gegen illegale Einwanderung?

Überlegungen von Gerd Eisenbeiß, 20. Dezember 2023

Auch ich habe mich abschätzig zu der sog. Ruanda-Strategie geäußert, die zuerst in Großbritannien verfolgt wurde und nun auch von der CDU befürwortet wird. Dabei habe ich selbst ein Prinzip übersehen, das ich immer wieder anderen in Erinnerung gerufen habe:

„Fast jede staatliche Maßnahme hat eine steuernde sowie eine soziale und moralische Wirkung“.

Viele Diskussionen bestehen aus Lager-Kontroversen, bei denen die Einen den sozialen Verteilungseffekt hervorheben und die unerwünschten Steuerungseffekte schlicht ignorieren, und die Anderen reden nur über die Steuerung eines Prozesses und gehen über humanitäre und soziale Ungerechtigkeiten hinweg.

Beispiele solcher Kontroversen finden sich massenhaft in der Steuergesetzgebung, z.B. beim Splittingverfahren und in den Sozialgesetzen; in beiden Fällen stehen einerseits Anreize zur Arbeitsaufnahme ungerechten Ungleichbehandlungen gleicher Fälle gegenüber. Die Umverteilungseffekte immer höherer CO₂-Preise sind ein anderes Beispiel aus dem Bereich Klimaschutz.

So ist es auch bei der Ruanda-Strategie, deren Steuerungswirkung ich bisher übersehen habe. Voller Empörung habe ich mich über die absurde Vorstellung geäußert, Ghana oder Ruanda oder überhaupt irgendein Land könnte bereit sein, für Geld all die zu erwartenden Millionen Migranten aufzunehmen und bei sich zu behalten, wenn die versprochenen Asylverfahren der EU negativ ausgehen.

Was ich übersehen habe und weshalb ich meine Meinung zu dieser Strategie ändere, ist: in kürzester Zeit dürfte sich niemand mehr auf illegale Einwanderungspfade in die EU begeben, wenn er mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit in einem Land wie den erwähnten landet. **D.h. der Migrationsstrom wird nach sehr kurzer Zeit versiegen.**

Nun entspricht dies Ergebnis zwar nicht unseren humanitären Standards, die sicher von vielen Mitbürgern als quasi heilig verteidigt werden dürften. Allerdings gebietet die praktische Vernunft und die Verteidigung unserer Demokratie gegen rechtsextreme Mehrheiten und Machtübernahmen, anzuerkennen, dass es bisher keine praktikable Alternative gibt, die illegale Migration zu begrenzen oder gar zu beenden, wenn man die bisherigen humanitären Standards aufrecht erhält.

Da erscheint auch mir, dass die „Ruanda-Strategie“ die bisher beste unter allen schlechten Vorschlägen ist.

Bleibt die Frage, welcher Staat sich bereit erklären wird, die Migrantenströme bis zu ihrem Versiegen aufzunehmen. Es dürften, wenn überhaupt ein Land gefunden wird, vor allem sehr arme Länder sein, für die das gebotene Geld jenseits der Selbstkosten verlockend ist - möglicherweise wird man solche Verträge auch nur für kurze Vertragsdauern abschließen können, denn die Versiegens-These könnte sich in der Praxis als weniger wahrscheinlich erweisen.

Ein Grund für ihr Scheitern könnten all die EU-Bürger sein, deren Demonstrationen voller moralischer Empörung die EU-Regierungen zur Rücknahme der Migranten aus dem Drittland zwingen könnten. Wenn man die Destabilisierungsstrategie Putins berücksichtigt, muss man erwarten, dass solche Aufstände der „Anständigen“ große Unterstützung aus dem Osten erhalten würden. Auch islamistisch geneigte Euro-Muslime dürfen diese Rigorosität gegen illegale Einwanderung als rassistisch und islamophob bekämpfen.

Die „Ruanda-Strategie“ ist also keineswegs eine Patentlösung, sondern voller Risiken. Man wird aber in der nächste Zeit aufmerksam verfolgen und vergleichen müssen, ob es doch noch bessere Vorschläge gibt.

So hat man sich in der EU in der Woche vor Weihnachten auf neue gemeinsame Asylregeln geeinigt, allerdings stehen die rechtsverbindlichen Beschlüsse noch aus. Diese EU-Einigung will die Asylverfahren in wesentlichen Teilen in Lagern an der EU-Außengrenze abwickeln - Lagern, die offenbar wie Flughäfen nicht als EU-Territorium gelten sollen; die vielen Details seien hier übergangen. Auch diese „Einigung“, wenn sie denn Bestand hat bis zum Beschluss, könnte sich als „Schweizer Käse“ erweisen mit vielen Löchern - sowohl an den Land- und Seegrenzen sowie im Verfahren selbst (z.B.: Was ist ein sicheres Dritt- oder Durchgangsland, wird die verabredete Solidarität bei der Verteilung der Migranten und der Kosten tatsächlich Realität?). Die öffentliche Empörung über diese Regelung hat gerade erst begonnen und hat das Potential die Öko-Bewegungen endgültig zwischen Real- und Moralpolitikern zu spalten.

Sicher scheint mir nur eines zu sein: Wenn die EU weiterhin mit jener illegalen Migration lebt, die mangels Gegenwehr eigengesetzlich einfach stattfindet, dann werden die Wahlerfolge der rechtsradikalen und völkischen Parteien wie AFD, Le Pens RN, Vox, Chega, Wilders PVV, FPÖ, Fratelli/Lega überall zunehmen und letztlich Demokratie und EU zerstören.